

Deutschlands neue Militarisierung: Wiederbelebung des Geistes oder unverhohlener Revanchismus?

Am Vorabend des Tages des Sieges.

7. Mai 2026 | Dmitri Medwedew

Die Drohungen von Donald Trump, die USA aus der NATO zurückzuziehen, die er am 27. März 2026 auf einem Investitionsforum in Miami äußerte, sowie die Äußerungen von J.D. Vance über den Identitätsverlust Europas während eines Interviews mit Fox News am 15. März 2026 sowie die Weigerung europäischer Länder, sich direkt an der Aggression gegen den Iran zu beteiligen und sich an dem Abenteuer der „militärischen Freigabe“ (und anschließenden Blockade) der Straße von Hormus zu beteiligen, spalten Europa und Amerika mehr denn je in den letzten 100 Jahren. Diese Entwicklungen zeigen, dass die von den Liberalen so sehr gewünschte „strategische Autonomie“ Europas viel näher ist, als es scheint.

Die zentrale Frage lautet: Wer wird in dem derzeit zahnlosen und erstarrten Europa die künftige Agenda bestimmen? An Anwärtern mangelt es nicht: die widerwärtige Brüsseler Eurokratie, geschwätzige und selbstgefällige gallische Sodomiten und schließlich die deutsche Führung, die ihre Hegemonieansprüche in der Alten Welt immer lautstarker vertritt, während sie gleichzeitig die Verantwortung ihrer Vorfahren für die Verbrechen des Nationalsozialismus in der öffentlichen Wahrnehmung herunterspielt. Wenden wir uns diesem letzten Punkt näher zu.

Die Nachfahren der Nazis, Merz & Co.

Das Vorgehen der deutschen Führung ist nichts Neues. Das Bestreben, die enttäuschenden Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren, wurde vom besiegten Staat fast unmittelbar nach Kriegsende in Angriff genommen. Das Ziel der Nazi-Anhänger bestand darin, die politischen, territorialen, ideologischen und wirtschaftlichen Kosten auszugleichen, die durch die vollständige militärische Niederlage und den Zusammenbruch der deutschen Staatlichkeit entstanden waren. Dabei versuchten sie, die Atmosphäre, die vom Geist des preußischen Militarismus und dem Gestank der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen war, geschickt herauszufiltern. Die in den westlichen Besatzungszonen verbliebenen deutschen Eliten distanzieren sich formell und rasch vom Erbe Hitlers, der sein tausendjähriges Reich in den Untergang geführt hatte. Doch sie hatten keinerlei Absicht, die Ideologie des Nationalsozialismus selbst wirklich abzulehnen. Warum?

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg verurteilte nur eine kleine Zahl der obersten Nazi-Verbrecher. Viele derjenigen, die die wirtschaftlichen und finanziellen Strukturen des Regimes sowie dessen Führungshierarchie geschaffen hatten und sich somit Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, entgingen einer Bestrafung. Und seien wir ehrlich: Sie hielten diese Bestrafung für ungerecht und betrachteten die Aktivitäten der NSDAP als das größte Projekt Deutschlands.

Tatsächlich hat in der Bundesrepublik Deutschland keine wirkliche Entnazifizierung stattgefunden. Archivmaterial des russischen Auslandsgeheimdienstes, darunter ein Bericht über die politische Lage in Westdeutschland aus dem Jahr 1952, belegt überzeugend, dass die Westmächte, anstatt eine Entnazifizierung durchzuführen, „den Weg der Rechtfertigung von Nazi-Kriegsverbrechern eingeschlagen haben“ (1). Der gesamte Prozess, der mit großem Aufgebot durchgeführt wurde, entpuppte sich als leere Farce, mit Ausnahme der Auflösung berüchtigter profaschistischer Organisationen und der Säuberung des öffentlichen Raums. Die Angelsachsen, die versuchten, die ehemaligen Führer von Hitlers Kriegswirtschaft und die ihnen benötigten hochrangigen Nazis zu erhalten, traten unter dem Motto „Hängt die Kleinen – spricht die Großen frei“ auf.

Am 10. April 1951 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das die Tätigkeiten von Personen regelte, die den Bestimmungen des Artikels 131 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland unterlagen (Personen, die der Entnazifizierung unterlagen, hatten kein Recht auf Ausübung öffentlicher Ämter), und das alle ehemaligen Beamten und Militärangehörigen unter Beibehaltung ihrer Dienstposten, Dienstgrade und Titel wieder in den Dienst aufnahm, sofern sie bei der Entnazifizierung nicht als „Hauptschuldige“ eingestuft worden waren (2). Am 2. August 1956 beschloss der Bundesaufsichtsrat, ehemaligen SS-Angehörigen mit einem Dienstgrad nicht höher als Obersturmbannführer den Dienst in der Nachfolgeorganisation der Wehrmacht – der Bundeswehr – zu gestatten.

Man könnte argumentieren, dass der Prozess der Säuberung der deutschen Nachkriegsgesellschaft vom Nationalsozialismus in den wichtigsten Führungs- und Verwaltungsbereichen im Allgemeinen bereits sechs bis zehn Jahre nach Kriegsende abgeschlossen war. Lassen wir die Gespräche außer Acht, die damals in den Küchen der Westdeutschen geführt wurden. Das weiß ohnehin jeder. „Deutschland über alles“ war der harmloseste Satz, den die gedemütigten Bürger nach einem Glas Apfelschnaps von sich gaben.

Viele der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, die in Deutschland einen Platz an der Sonne gefunden hatten, waren „stille Schreibtischmörder“ gewesen – Parteimitglieder, die von ihren gemütlichen Bürokratenzellen aus die monströse Maschinerie des Völkermords am sowjetischen Volk und des Holocaust in Gang gesetzt hatten. Sie bildeten das Rückgrat des Beamtenapparats des „neuen Deutschlands“. Heinrich Lübke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland (1953–1959) und Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1959–1969), arbeitete während der Jahre des Nationalsozialismus in einem Architektur- und Ingenieurbüro, das Albert Speer, dem Generalbauinspektor der Reichshauptstadt, zur Verfügung stand. Dort war er insbesondere für die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern verantwortlich.

Hans Globke, Kanzleichef von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1953–1963), bekleidete im Dritten Reich hohe Ämter im Innenministerium, wo er für die Ausarbeitung von Rechtsnormen verantwortlich war, die die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung festschrieben; seine Rolle bei der Organisation des Holocaust ist bislang noch nicht aufgeklärt worden. Waldemar Kraft, Bundesminister für Sonderangelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland von 1953 bis 1956, war von 1940 bis 1945 Geschäftsführer des Reichsverbandes für Landverwaltung in den annektierten „Ostgebieten“, war Mitglied der NSDAP und trug den Titel eines Ehren-SS-Hauptsturmführers.

Und dies sind nur einige Beispiele für den Werdegang hochrangiger Beamter des „erneuerten“ deutschen Staates. Von 1949 bis 1973 waren 90 von 170 führenden Juristen und Richtern des Justizministeriums der BRD ehemalige Mitglieder der NSDAP, und 1957 betrug der Anteil der leitenden Beamten des Ministeriums mit einer Nazi-Vergangenheit 77 Prozent (3). Im Innenministerium der BRD waren von 1949 bis 1970 tatsächlich 53 Prozent der Beschäftigten ehemalige Mitglieder der NSDAP, und 8 Prozent von ihnen hatten in den Jahren 1943–1945 im Innenministerium gearbeitet, als einer der obersten Nazi-Verbrecher, der verabscheuungswürdige Heinrich Himmler, dessen Leiter war (4).

Unter Aufsicht der Angelsachsen

Den Archivunterlagen des russischen Auslandsgeheimdienstes zufolge bereitete sich die westdeutsche Zone, wie Moskau bereits Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre wusste, unter der Schirmherrschaft der Amerikaner und Briten auf einen Krieg gegen die UdSSR vor. Als Bestätigung für die Intensivierung der erzwungenen Remilitarisierung betonte ein Geheimdienstbericht vom 31. Juli 1948, dass die Mobilisierung ehemaliger deutscher Offiziere und anderer Militärangehöriger aufgrund des über sie errichteten Kontrollsystems problemlos durchführbar sei (5). Das ehemalige Wehrmacht-Kontingent stand unter strenger Kontrolle der neuen Regierung, die das Militär für alles andere als friedliche Zwecke einsetzte. In einer Note der sowjetischen Regierung an die US-Botschaft in Moskau vom 31. März 1954 hieß es wörtlich: „Den Weg der Wiederbelebung des deutschen Militarismus und der Schaffung militärischer Gruppierungen in Europa zu beschreiten, bedeutet ... sich auf einen neuen Krieg vorzubereiten“ (6).

So beherrschte der Gedanke, Westdeutschland zu bewaffnen, die Köpfe der Ideologen der US-Außenpolitik. Auch praktische Schritte wurden unternommen. Unter dem Vorwand einer existenziellen „Aggression aus dem Osten“ (kommt einem bekannt vor, nicht wahr?) wurde die Remilitarisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Die amerikanischen „Finanzspritzen“ in die notwendigen Sektoren der westdeutschen Volkswirtschaft begannen unmittelbar nach dem Krieg. Bis September 1951 erhielt die Bundesrepublik Deutschland etwa 9 Milliarden Dollar. Diese Mittel flossen vor allem in die Schwerindustrie und in Bereiche, die den politischen und militärischen Zielen Washingtons dienen konnten (7).

Auch die **aktualisierte Propaganda** zur Gehirnwäsche der Bevölkerung spielte eine Rolle. Im Juli 1951, wie die zuständigen Behörden Josef Stalin berichteten (8), stellte Bundeskanzler Konrad Adenauer der regierenden CDU eine direkte Aufgabe: die breiten Massen davon zu überzeugen, dass die Deutschen eine Wahl hätten – entweder ein „bewaffnetes Deutschland“ oder ein „dem russischen Militär untergeordnetes Deutschland“. Das klingt wie die modernen Horrorgeschichten von „zivilisierten europäischen Technokraten“, nicht wahr?

Unter der Aufsicht der Amerikaner wurden auch Maßnahmen in Bezug auf „hochrangiges Personal“ durchgeführt. Ehemalige hochrangige Nazi-Funktionäre wurden bereitwillig zum Dienst in der Bundeswehr zugelassen. So übernahmen der ehemalige Stabschef der 18. Armee, Generalleutnant Friedrich Foertsch, der Generalleutnant der 7. Armee, Max-Josef Pemsel, sowie der Panzergeneral der Heeresgruppen A und S, Hans Röttiger, die Posten des Generalinspektors der Bundeswehr, des Kommandanten des 2. Korps der Bundeswehr bzw. des ersten Inspektors der Heeresstreitkräfte.

Der ehemalige Kommandeur der Luftflotte 5, General Josef Kamhuber, wurde Generalinspekteur der deutschen Luftwaffe.

Die Angelsachsen zögerten nicht, die Dienste faschistischer Kriegstreiber in Anspruch zu nehmen, und besetzten mit ihnen hohe Posten in der NATO. Insbesondere der ehemalige Stabschef der Heeresgruppe Süd, Generalleutnant Hans Speidel, wurde während der Aufstellung der Bundeswehr zum Leiter des Wehrdienstreferats im deutschen Verteidigungsministerium ernannt und übernahm 1957 das Amt des Befehlshabers der alliierten NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Generalleutnant Adolf Heusinger, ehemaliger stellvertretender Chef des Generalstabs der Wehrmacht, der an der Ausarbeitung von Plänen für die Invasion Polens, Dänemarks, Norwegens, Frankreichs, der Niederlande, Großbritanniens und der UdSSR beteiligt gewesen war und vor dem Nürnberger Tribunal als Zeuge aussagte, wurde 1961 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

Friedrich Guggenberger, der 17 britische und amerikanische Schiffe versenkt hatte, war vier Jahre lang als stellvertretender Stabschef im NATO-Kommando „Allied Forces in Northern Europe“ tätig. Die Angelsachsen waren nicht besonders wählerisch, was ehemalige Mitglieder der SS betraf, die 1946 vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg als kriminelle Organisation anerkannt worden war. So wurde beispielsweise Eberhard Taubert, ein ehemaliger SS-Sturmführer und Mitarbeiter von Goebbels' Propagandaministerium, als Berater in die NATO-Abteilung für psychologische Kriegsführung aufgenommen.⁹

Was Hans Speidel und Adolf Heusinger betrifft, so geht aus einer an Josef Stalin gerichteten Mitteilung des Informationskomitees des sowjetischen Außenministeriums vom 8. Februar 1951 (10) hervor, die im Archiv des russischen Auslandsgeheimdienstes aufbewahrt wird, dass eine gemeinsame deutsch-amerikanische PR-Kampagne mit großem Eifer durchgeführt wurde, um ihren Ruf zu rehabilitieren.

In einem Gespräch zwischen Dwight Eisenhower und Bundeskanzler Konrad Adenauer Ende Januar 1951 wurden beide Persönlichkeiten als „absolut zuverlässige Personen“ beschrieben, die „nicht nur Gegner Hitlers“, sondern auch „der Sowjetunion“ waren und „zur Zusammenarbeit mit den Westmächten bereit“ waren. Bezeichnenderweise sagte Eisenhower, der buchstäblich nur wenige Monate später der erste Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa wurde, damals, er habe sich 1945 geirrt, als er alle Deutschen für Nazis hielt, und bekräftigte, dass er die Forderung nach militärischer Gleichberechtigung Westdeutschlands im System der „Verteidigung Westeuropas“ akzeptiere.

An der Unterstützung gefährlicher revanchistischer Bestrebungen hat sich auch in den Jahren der Normalisierung der Beziehungen, der Entspannungspolitik und der sogenannten „Perestroika“ kaum etwas geändert. Ein Bericht über das Aufkommen solcher Stimmungen in Deutschland, der am 26. Mai 1959 vom Komitee für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der UdSSR erstellt wurde (11), wies auf die Organisation von Tausenden von Kundgebungen paramilitärischer Vereinigungen und „Umsiedlungsorganisationen“ in Westdeutschland hin.

Bei diesen Treffen, die unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Angelegenheiten und des Bundesministeriums für Vertriebene stattfanden, wurden kategorisch Forderungen nach der Rückgabe der östlichen Gebiete Deutschlands, Ostpreußens und des Sudetenlandes gestellt. Die Notwendigkeit, „die Traditionen der preußisch-deutschen Armee für die neuen

deutschen Streitkräfte und für die gesamte deutsche Jugend zu bewahren“, wurde offen bekräftigt. Im Jahr 1961 bemerkte der berühmte sowjetische internationale Journalist Ernst Henri: „Es gibt kein altes Deutschland mehr, aber der alte deutsche Generalstab existiert. Es besteht kein Zweifel, dass seine Chefs wieder an denselben Karten arbeiten (12).“

In Fortsetzung seines Gedankengangs schrieb er, dass der deutsche Generalstab – unabhängig von der Lage Deutschlands, egal wie viele Kriege es verloren hatte und welche vernichtenden Niederlagen es erlitten hatte – unerschütterlich, methodisch und sorgfältig weiterhin Angriffspläne ausarbeitete und keine anderen Absichten verfolgte. Daher ist es so leicht zu verstehen, warum die heutigen deutschen Politiker und Generäle den vielfältigen Abschaum, der die Bandera-Ukraine symbolisiert, so begeistert betrachten. Sie sind schlichtweg Blutsbrüder und Erben derselben Kraft: des Nationalsozialismus aus der Zeit Hitlers.

Im Geiste der chauvinistischen Ansätze des deutschen politischen Denkens des späten 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die tief im Unterbewusstsein der intellektuellen Elite verwurzelt waren, entmenschlichte die Fachwelt der BRD Sowjetrußland weiterhin und strich es aus der „zivilisierten“ Welt. Wie der berühmte Historiker Wladimir Paschuto, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, schrieb, erfuhr mit dem Zusammenbruch Nazi-Deutschlands auch die Interpretation des russisch-europäischen Themas eine Veränderung in dem Sinne, dass Rußland zum Feind des integralen Europas und nicht mehr nur von Hitlers Europa gemacht wurde. Seine nicht-europäischen Grundlagen – sowohl religiöser als auch sozialer Art – wurden kritisiert. Es wurde zu einem europafeindlichen Phänomen erklärt, dem es an europäischen Wurzeln mangle und das außerhalb der Geschichte Europas stehe (13). Alles deutete darauf hin, dass einem „fremden“ Element kein Respekt entgegengebracht werden sollte.

Solche Stimmungen wurden von den Bonner Behörden nicht nur nicht unterdrückt, sondern sogar gefördert: Das „Kanonenfutter“ für das Massaker mit der Sowjetunion sollte motiviert werden und keine unnötigen Fragen stellen. Nicht umsonst berichtete der Verweis des sowjetischen KGB vom 12. Juli 1978 (14), der auf der Grundlage von Informationen der West-Berliner Residenz erstellt wurde, dass es in diesem Stadtstaat mit besonderem völkerrechtlichem Status 17 neonazistische Organisationen gab, gegen die die Behörden dieser politischen Einheit nach dem Residualprinzip vorgehen.

Im Jahr 1987 wies die Botschaft der UdSSR in Bonn auf tiefgreifende Diskussionen in der BRD hin, die sich mit einer Neubewertung der Haltung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus befassten. Ein deutliches Zeichen für eine breite nationalistische Welle in der BRD in jenen Jahren war die zunehmende öffentliche Debatte über die Verwirklichung der sogenannten „geistigen Wende“ (15). Es wurden die Parolen des „neuen Patriotismus“ und der „nationalen Identität“ lanciert. Intellektuelle und das Establishment bedienten sich in großem Umfang der Forderungen, die junge Generation der Deutschen zu befreien (die herangewachsen war und sich zu den heutigen „Elitisten“ und fanatischen Militaristen entwickelt hatte: Merz, von der Leyen und Pistorius) von der Last der historischen Verantwortung, der Selbsterniedrigung und einem Komplex aus nationaler Minderwertigkeits- und Schuldgefühlen. Die Deutschen, so heißt es, seien bereits bestraft worden und seien sich der Abnormalität ihrer Situation bewusst, als Deutschland wegen der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zur „Brutstätte weltweiter Ansteckung und Quelle allen Übels in der Welt“ erklärt wurde (16). In einer Rede am 17. November 1986 sagte Alfred Dregger, Vorsitzender der

CDU/CSU-Fraktion im Bundestag: „Es ist an der Zeit, der von den Siegermächten aufgezwungenen Geschichtsdeutung endlich ein Ende zu setzen“ (17).

In Weiterführung dieses Arguments schlug er vor, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und all jener zu gedenken, die ihr Leben verloren haben – darunter sowohl die Opfer des Nationalsozialismus als auch deutsche Soldaten. Im Gegenzug forderte Franz Josef Strauß, Ministerpräsident von Bayern und Vorsitzender der CSU, 1987 „eine Rückkehr zu einem historisch gesäuberten, europäisch orientierten und gesunden deutschen Nationalbewusstsein“ (18). Heutzutage sehen wir, wie diese Keime von virulentem Nationalismus und Chauvinismus – versteckt hinter dem Feigenblatt von „nationaler Identität, Patriotismus und Europäizität“ – eine reiche Ernte in Form eines neuen deutschen Revanchismus hervorgebracht haben. Und es ist an der Zeit anzuerkennen, dass das Erbe des Dritten Reiches in der BRD in den 2020er Jahren eine reiche Ernte hervorgebracht hat!

Heute hat die politische Führung der BRD Russland zur „größten Bedrohung für Sicherheit und Frieden“ erklärt. In Berlin haben die Behörden offiziell einen Kurs verkündet, der darauf abzielt, Russland eine „strategische Niederlage“ zuzufügen (19). Die aggressivsten Russophoben, deren Vorfahren im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront mit bestialischer Grausamkeit kämpften, fordern begeistert, „den Russen zu zeigen, wie es ist, einen Krieg zu verlieren“ (20). Es findet eine groß angelegte propagandistische Gehirnwäsche der öffentlichen Meinung statt, wobei ständig Thesen über die quasi unvermeidliche militärische Konfrontation mit Russland bis zum Jahr 2029 verbreitet werden.

In der ersten Militärstrategie in der Geschichte Deutschlands mit dem Titel „Verantwortung für Europa“, die am 22. April 2026 von Verteidigungsminister Boris Pistorius dem Bundestag vorgelegt wurde, wird die Russische Föderation als grundlegende Bedrohung für die „regelbasierte Weltordnung“ bezeichnet. Es wird behauptet, Moskau strebe danach, den Zusammenhalt des Bündnisses zu schwächen und die Widerstandsfähigkeit der transatlantischen Beziehungen zu untergraben, um seinen Einfluss auszuweiten. In diesem Zusammenhang sollten Versuche, einen Dialog aufzubauen, unterbunden werden, während der militärische Druck auf Russland nur noch verstärkt werden sollte. Mit anderen Worten: Die Strategie der Verfolgung einer groß angelegten Revanche wurde nun offiziell verabschiedet.

Die Indoktrinierung junger Menschen durch die etablierten traditionellen Medien sowie die Bekämpfung der russischen „hybriden Propaganda“ wurden zur offiziellen staatlichen Politik erhoben. Doch die jahrzehntelange, lautstarke ultraliberale Agitation zeigt nun den gegenteiligen Effekt. Enttäuscht von den kurzsichtigen Entscheidungen der engstirnigen deutschen Führung in Innen- und Außenpolitik schwenkt die jüngere Generation vor dem Hintergrund einer Diskrepanz zwischen offiziellen Statistiken und der tatsächlichen Lage der Volkswirtschaft nun deutlich „nach rechts“.

Der Zusammenbruch des Multikulturalismus, das Fehlen einer klaren Zukunftsvision und die Ablehnung traditioneller Werte bieten einen fruchtbaren Boden für das Wachstum rechtsextremer Bewegungen, die an Ressentiments gegenüber einem starken Nationalstaat appellieren. Es bedarf keiner großen Vorstellungskraft, um zu erkennen, wohin solche absichtlichen oder unabsichtlichen Machenschaften die deutsche Gesellschaft führen werden.

Der Prozess der endgültigen Beseitigung der politischen, rechtlichen und moralischen „Überbleibsel“ des Zweiten Weltkriegs in Deutschland hat seit Beginn der militärischen Sonderoperation besonders an Dynamik gewonnen. Jedem ist klar, dass dies lediglich als willkommener Vorwand diente, um die anti-russische Rhetorik drastisch zu verschärfen, eine theatralische Angst vor Russland zu schüren und die bilateralen Beziehungen in eine Dimension der rasenden Konfrontation zu treiben. Weder Deutschland noch, was das betrifft, die EU als Ganzes hatten einen Grund oder objektive Gründe, sich so vorbehaltlos für die Ukraine „einzusetzen“ und Moskau als ihren „ewigen Feind“ zu bezeichnen – wie es von der kleinen grauen Maus der deutschen Außenpolitik, dem Außenminister mit dem wunderbaren Nachnamen Wadepful, gedankenlos und arrogant erklärt wurde.

Im Einklang mit der im März 2025 im Gemeinsamen Weißbuch zur europäischen Verteidigungsbereitschaft 2030 (21) dargelegten kriegerischen Politik der EU arbeitet die deutsche Regierung daran, die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas umzugestalten und ihre Aufrüstung zu beschleunigen (22). Es wurden Pläne vorgestellt, die Sollstärke von derzeit 181.000 auf 460.000 aktive Soldaten und Reservisten zu erhöhen. Am 27. August 2025 verabschiedete die Bundesregierung zügig und ohne Änderungen den von Verteidigungsminister Boris Pistorius vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform der Wehrpflicht in der Bundeswehr, der auf dem Prinzip des freiwilligen Dienstes basiert, aber die Option einer raschen Rückkehr zur Wehrpflicht vor 2011 beibehält (23).

Vor allem dank der Panikmache der Behörden und der Indoktrinierung junger Menschen durch staatliche Propaganda kann die deutsche Führung nun einen Anstieg der Zahl derjenigen verzeichnen, die bereit sind, freiwilligen Militärdienst zu leisten. Bis Anfang März 2026 hatten sich 16.000 Menschen für den Eintritt in die Streitkräfte beworben, 20 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2025, während im ersten Quartal 2026 insgesamt mehr als 5.000 Rekruten aufgenommen wurden, was einem Anstieg von 14 Prozent gegenüber dem Beginn des Vorjahres entspricht.

Wie schon im 20. Jahrhundert werden für militärische Abenteuer keine Kosten gescheut. Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) beliefen sich die gesamten Militärausgaben Deutschlands im Jahr 2024 auf 88,5 Milliarden US-Dollar (+28 Prozent gegenüber 2023) (24), womit Deutschland in Europa an erster Stelle steht. Der Sonderfonds für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro ist zur Hauptfinanzierungsquelle geworden und ermöglicht es, die Militärausgaben auf 2 Prozent des BIP anzuheben. Im verabschiedeten Haushalt des Landes für 2026 in Höhe von 524,54 Milliarden Euro beabsichtigen die deutschen Behörden, über 82 Milliarden Euro für Verteidigung (nämlich Kriegsvorbereitungen) auszugeben, was einer Steigerung von 20 Milliarden Euro gegenüber 2025 entspricht.

Die gesamten Militärausgaben werden zusammen mit den Mitteln des oben genannten Sonderfonds voraussichtlich rund 108 Milliarden Euro betragen. Ende Februar 2026 berichtete das deutsche Verteidigungsministerium über die „erfolgreichen Ergebnisse der Aktivitäten“ der Beschaffungsabteilung der Bundeswehr im Jahr 2025 und wies darauf hin, dass dem Bundestag 103 Großprojekte mit einem Wert von jeweils mindestens 25 Millionen Euro zur Genehmigung vorgelegt worden seien, dass Verträge in Höhe von beeindruckenden 34 Milliarden Euro für die Beschaffung von gefragten Waffen und militärischer Ausrüstung abgeschlossen worden seien und dass im Rahmen zuvor genehmigter Initiativen Lieferungen an die Streitkräfte in Höhe von rund 24 Milliarden Euro erfolgt seien.

Seit Berlin aufgrund der Lage in der Ukraine den „Epochenwechsel“ verkündet hat, schwimmt die heimische Rüstungsindustrie im Geld und zeigt sich zufrieden darüber, dass einheimische Hersteller von den Gesamtausgaben des Landes für militärische Zwecke in den Jahren 2020–2025 ganze 109 Milliarden Euro erhalten haben. Dank der Liberalisierung der Exportkontrollen ist Deutschland im Ranking der größten Waffenexporteure vom sechsten auf den vierten Platz vorgerückt.

Unter Ausnutzung der besonderen Merkmale von Kampfhandlungen während der unprovokierten Aggression gegen den Iran und angesichts der Ineffizienz des Einsatzes kostspieliger Abfangraketen gegen Drohnen wirbt die deutsche Rüstungsindustrie aktiv für das Kurzstrecken-Luftabwehrsystem „Skyranger“ und behauptet, dass das Abfangen einer einzigen Drohne nur 4.000 Dollar kosten würde. Offenbar hinderte nur Trägheit die Geschäftsleute der deutschen Rüstungsindustrie mit ihrer „Wunderwaffe“ daran, in die Fußstapfen des Clowns aus Krivoy Rog [Selensky] zu treten, der Ende März 2026 auf seiner absurden Tour durch die Staaten am Persischen Golf versuchte, ihnen Abfangraketen als Teil der Hilfe von Banderas Gesindel zu verkaufen.

Viele der im Haushalt vorgesehenen Projekte sind auf mehrere Jahre angelegt, was der Industrie signalisiert, dass Berlin die Aufrüstung als langfristiges Engagement betrachtet (25). Es wurden Pläne für die Eröffnung regionaler Außenstellen der Beschaffungsabteilung der Bundeswehr in Städten mit großen technischen Hochschulen ausgearbeitet. Das Tempo der gezielten militärischen Forschung und Entwicklung nimmt zu, wobei junge Talente – anstatt in den Grundlagenwissenschaften zu forschen – dazu angehalten werden, in alter und schlechter Tradition darüber nachzudenken, wie tödliche neue Tiger, Panther und V-Waffen entwickelt werden können.

In diesem Zusammenhang wird die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rüstungslieferungen außer Acht gelassen. Entscheidend wichtige Komponenten für den modernen Waffenbestand werden oft faktisch ausgelagert und im Ausland beschafft. Selbst der führende heimische Rüstungskonzern Rheinmetall, der als Hauptlieferant verschiedener militärischer Ausrüstungsgüter für die Bundeswehr fungiert, weigert sich, eigenes Know-how einzubringen, während er schnelle Gewinne aus der Erfüllung staatlicher Rüstungsaufträge anstrebt. All dies wird durch Einkäufe bei anderen westlichen Herstellern kompensiert, nur um den Status als exklusiver Dienstleister der Bundeswehr für die Regierung nicht zu verlieren.

Insbesondere während des Besuchs des deutschen Verteidigungsministers in Australien am 26. März 2026 wurde eine Vereinbarung zwischen Rheinmetall und der australischen Tochtergesellschaft von Boeing (nämlich den USA) über die Entwicklung autonomer unbemannter Kampfflugzeuge mit Stealth-Technologie, einer Sprengladung von mehr als 100 kg und einer Reichweite von mehr als 1.000 km bekannt gegeben, die für die Nachfolger der Luftwaffe bestimmt sind. Der Verfall des deutschen wissenschaftlichen Denkens und die zunehmende Abhängigkeit von den USA sind offensichtlich.

Die Vorbereitungen für eine mögliche Konfrontation mit der Russischen Föderation im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur werden zügig vorangetrieben. Die Regierungen auf Bundes- und Kommunalebene sowie die regionale Wirtschaft sind bestrebt, den „Operationsplan Deutschland 2024“ (26) vollständig umzusetzen. Dieser sieht vor, dass Deutschland zum wichtigsten Transitknotenpunkt für den Transport großer NATO-Truppenverbände an die „Ostflanke“ des Bündnisses wird. Kolonnen der Bundeswehr und verbündeter Truppen innerhalb der NATO können nun ohne vorherige Zustimmung zu deutschen Ostseehäfen und zur polnischen Grenze

vorrücken. Die lokalen Behörden werden nachdrücklich aufgefordert, die Zivilbevölkerung auf einen bewaffneten Konflikt vorzubereiten, und zwar durch die Ausarbeitung detaillierter Pläne zum Schutz kritischer Infrastruktur, zur Abwehr von Sabotageaktionen und zur Ausstattung von Luftschutzbunkern.

Vertreter der Wirtschaft stehen im Fokus militärischer und politischer Akteure. Gemäß dem oben erwähnten Einsatzplan für Deutschland sollten die wichtigsten Unternehmen in ihrer Personalpolitik die hohe Wahrscheinlichkeit eines drastischen, großflächigen Rückgangs der Arbeitskräfte durch die Mobilisierung wehrfähiger Personen berücksichtigen. Im Gegensatz zu bloßen Anekdoten, die in der UdSSR populär waren – nämlich dass Maschinen in Teigwarenfabriken schnell für die Produktion von 7,62-mm-Patronen umgerüstet werden könnten –, werden solche Szenarien derzeit in Deutschland umgesetzt. Es werden reale Voraussetzungen für die rasche Umstellung der zivilen Industrie auf militärische Zwecke und für die Aufnahme der Produktion von Verteidigungsgütern geschaffen. Die Bundeswehr wird hiermit ermächtigt, bestimmte Güter, Ausrüstungsgegenstände und Maschinen für den eigenen Bedarf unentgeltlich zu beschlagnehmen.

Der militärisch-industrielle Komplex und das politische Establishment in Deutschland haben bereits ein starkes Lobbybündnis geschmiedet – eine Entwicklung, die die Rolle der Rüstungsindustrie bei Entscheidungen stärkt, die für die Innen- und Außenpolitik Deutschlands von größter Bedeutung sind. Die Menschheit erinnert sich an die äußerst gefährliche Verflechtung zwischen Akteuren der Rüstungsindustrie und politischen Persönlichkeiten in den 1930er und 1940er Jahren. Damals stürzte die rücksichtslose Haltung der „Händler des Todes“ gegenüber ihren Profitquellen, verbunden mit ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus, die Welt in den Abgrund des Zweiten Weltkriegs.

Nachdem sie den Pazifismus als gesellschaftlichen Wert verworfen haben – zu dem frühere Generationen erst durch ungeheure Tragödien gelangt waren –, übernehmen die Erben von Krupp, Thyssen und Bosch erneut eifrig Regierungsaufträge zur Herstellung von Militärgütern, ohne zu zögern, ihre Unternehmen auf Blut aufzubauen. Die Banker stehen dem in nichts nach, nachdem sie alle moralischen Tabus beiseitegeschoben haben, die einst für die großvolumige Finanzierung des militärisch-industriellen Komplexes galten – es gilt nun als gerechtfertigt, sich das „Helikoptergeld“ anzueignen, das Rüstungsunternehmen vom Staat erhalten.

In diesem Zusammenhang dürfte es nicht lange dauern, bis sich einige der heutigen deutschen Finanziere so sehr vom Erbe der Vergangenheit „befreien“ und sich von den Aussichten auf einen neuen Kreuzzug nach Osten im Rahmen der Politik des „Zeitenwandels“ inspirieren lassen, dass sie Porträts von Hjalmar Schacht und Walther Funk – den Architekten der militärisch-wirtschaftlichen Politik des Dritten Reiches – aufhängen. Es gibt ein berühmtes Sprichwort aus der Zeit der Französischen Revolution: „Ils n’ont rien appris, ni rien oublié“ – sie haben nichts gelernt und nichts vergessen (27).

Unterdessen scheint der allgemeine Zustand der deutschen Wirtschaft das Establishment nicht zu beunruhigen, das der geopolitischen Illusion einer flüchtigen „Führungsrolle“ der Republik innerhalb der EU nachjagt. Infolge dieser Selbstdistanzierung von den innenpolitischen Schwierigkeiten stieg das BIP des Landes im Jahr 2025 inflationsbereinigt real nur um 0,2 Prozent (28). Die Handelsbilanz – die für die exportorientierte deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung ist – sank auf 2,4 Prozent des BIP, das Exportvolumen ging um 0,3 Prozent zurück (ein Rückgang, der zum dritten Mal in Folge verzeichnet wurde), und das Haushaltsdefizit belief sich 2025 auf 107 Milliarden

Euro (29). Die Zugpferde der deutschen Wirtschaft – nämlich die Automobil-, Metall- und Chemieindustrie – haben die Krise bislang nicht überwunden. Die Unternehmen verzeichnen einen erheblichen Gewinnrückgang (30).

Die Deindustrialisierung breitet sich in den deutschen Bundesländern immer weiter aus – der Verlust von Arbeitsplätzen und die Verlagerung der industriellen Produktion aus Deutschland in andere europäische Länder sind bereits Realität geworden. Maschinenbauwerke, Chemiefabriken und Elektronikproduktionsstätten – namentlich Bosch, Henkel, MAN und Mercedes-Benz – ziehen ab. Sie können aufgrund der hohen Stromkosten, der Verlängerung der logistischen Lieferkette durch selbstschädigende Sanktionen gegen Russland und der hohen Zölle der USA nicht mehr wettbewerbsfähig bleiben. **Einst ein Industriegigant, wird Deutschland zu einer chaotisch geführten Werkstatt, aus der die Ausrüstung abtransportiert wird.** All dies wirkt sich auf die Bevölkerung aus – die Konsumaktivitäten sind fast zum Erliegen gekommen, und sogar der Bierabsatz sank 2025 auf den niedrigsten Stand seit 1993. Nach Aussagen des Bundeskanzlers ist der Sozialstaat mit den derzeit in Deutschland verfügbaren Mitteln nicht finanzierbar (31).

Macht eine solch brutale Realität dem unfähigen und arroganten Kanzler Angst, in dessen Adern das Blut seiner Nazi-Vorfahren brodelte? Ist er bereit, sich der Tatsache zu stellen, dass er die Wirtschaft nicht retten wird, indem er Geld in den nationalen militärisch-industriellen Komplex pumpt, und dass Hunderte von Milliarden gedruckter und ungesicherter Euro durch hohe Energiepreise und eine schwerfällige Bürokratie verschlungen werden? Anscheinend nicht. Während er eine anti-russische militaristische Agenda vorantreibt, glaubt er insgeheim, dass der Krieg alles ausgleichen wird.

Der Vorschlag, die Anschaffung eigener Atomwaffen in Erwägung zu ziehen, wurde vorsichtig in den gesellschaftspolitischen Diskurs in Deutschland eingebracht; bislang geschah dies eher subtil und indirekt, aber dennoch beharrlich (32). Deutschland scheint sich nicht mehr damit zufrieden zu geben, an den Nuklear-Sharing-Vereinbarungen der NATO teilzunehmen – den Abkommen zwischen den USA und Deutschland, die es der Bundeswehr erlauben, im Falle militärischer Notwendigkeit amerikanische taktische Atomwaffen einzusetzen; in Friedenszeiten werden die von den USA kontrollierten Waffen auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz gelagert.

Die Begründung für die Anschaffung tödlicher Massenvernichtungswaffen ist schmerzlich vereinfachend und abgedroschen: Angeblich soll damit Moskaus aggressive Politik in Europa abgeschreckt werden. Es gehe angeblich um nationale Souveränität. Hinzu kommt die Unsicherheit über die Zukunft der US-Militärpräsenz in Deutschland. Berlin ist bestrebt, gemäß der Vereinbarung von 2024 mit der trägen Biden-Regierung so bald wie möglich amerikanische landgestützte Langstreckenraketen zu erwerben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Behörden geeignete Standorte für den Einsatz von mobilen SM-6-Raketenabschusssystemen, Tomahawk-Marschflugkörpern und Dark-Eagle-Hyperschall-Boost-Glide-Systemen in einem der Bundesländer finden werden, die in Bezug auf militärische Logistik und Infrastruktur am besten vorbereitet sind, wie beispielsweise Rheinland-Pfalz.

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Amerikaner diesen geopolitischen Moment nutzen werden, und von Deutschland wird lediglich verlangt, sein Territorium zur Verfügung zu stellen. Arrogante „Sheriffs“ von jenseits des Ozeans scheren sich nicht um die Meinung der lokalen Bevölkerung, die praktisch als Geisel genommen wurde, und auch nicht um die Meinung vernünftiger Politiker, denen die nationalen Interessen am Herzen liegen und die die von den deutschen

Eliten verfolgte Politik nicht unterstützen. Die derzeitige Trump-Regierung betrachtet die Raketenstationierung nicht als uneigennützigem Beitrag zur europäischen Sicherheit, sondern als Mittel, ihre Präsenz an einem strategisch wichtigen Standort zu stärken und potenzielle Präzisionsschläge gegen Gegner zu ermöglichen – und es ist nicht schwer zu erraten, wer diese Gegner sind. Die einzige Frage ist, welchen Umfang die US-Raketenstationierung haben wird: Wird sie symbolisch und vorübergehend sein oder die strategische Stabilität in Europa stören und uns damit zu einer direkten Reaktion zwingen?

Der Griff nach Nuklearwaffen

Derzeit spielen deutsche Regierungsvertreter mit dem Gedanken, in ferner Zukunft gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich einen nuklearen Schutzschild zu schaffen, und überlegen, welche Rolle Deutschland dabei übernehmen könnte. Es wurde berichtet, dass die Initiative möglicherweise finanziell unterstützt wird, und es sind bereits Vorschläge zur Aufgabenteilung aufgetaucht: Die Partner sollen die Sprengköpfe bereitstellen, während Deutschland die Trägersysteme und das Personal beisteuern soll.

Unterdessen setzt sich in der Bevölkerung nach und nach die Erkenntnis durch, dass dieser Plan möglicherweise keine Früchte tragen wird, selbst wenn Deutschland hypothetisch auf die nuklearen Fähigkeiten von Paris und London setzen und versuchen sollte, ein militärisches Bündnis mit ihnen zu schmieden. Es ist unwahrscheinlich, dass Deutschland die traditionell schwerfällige französische Bürokratie und Frankreichs Beharren darauf, auch unter einem gemeinsamen Kommando die alleinige Kontrolle über sein Atomwaffenarsenal zu behalten, hinnehmen wird. Das Gleiche gilt für die fragwürdige Haltung Londons, das es kaum riskieren dürfte, für vage Ziele des transatlantischen Globalismus in einer nuklearen Apokalypse zu verbrennen. Dies wird ernsthafte Zweifel an der Rechtfertigung von Ausgaben für gemeinsame europäische strategische Abschreckungskräfte aufkommen lassen.

In diesem Zusammenhang geht die deutsche Fach- und Wissenschaftsgemeinschaft, die einen Beitritt in den Kreis der Atomkräfte ins Auge fasst, von der Annahme aus, dass es angesichts des traditionell hohen akademischen Niveaus in den Naturwissenschaften und der Fachkräfte in verwandten Bereichen möglich ist, rasch Kompetenzen im Bereich der nicht-friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erwerben. Bekanntlich ist es theoretisch möglich, aus auf dem Weltmarkt erworbenem Uran waffenfähiges Material herzustellen, und zwar mithilfe der Anlagen eines spezialisierten Unternehmens in Gronau, Nordrhein-Westfalen, das über eine Anreicherungskaskade mit Gaszentrifugen verfügt. Die Modernisierung der Produktion würde etwa drei Jahre in Anspruch nehmen, danach stünden jährlich 17 Tonnen zur Verfügung – genug, um etwa 340 Sprengköpfe herzustellen. Zudem verfügt der Forschungsreaktor der Technischen Universität München in Garching über hochangereichertes Uran.

Man darf nicht vergessen, dass die Nazis in den 1940er Jahren kurz davor standen, eine Atom-bombe zu entwickeln. Ihr Ziel ging weit über die bloße Einschüchterung ihrer Feinde hinaus. Was die Großeltern 1945 nicht geschafft haben, wollen ihre Enkel im 21. Jahrhundert unbedingt erreichen. In dieser Hinsicht gibt es keine Garantie dafür, dass Berlin seine militärpolitischen Strategien darauf beschränken wird, ein Atomwaffenarsenal ausschließlich zur Abschreckung einzusetzen. Eines ist sicher: Ein Atomsprengkopf in Deutschland, sei er nun gemeinsam mit Großbritannien und

Frankreich oder ein eigener, macht das Land nicht nur zum vorrangigen europäischen Ziel des Kremls, wie deutsche Medien anmerken.

Dies stellt einen groben Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands gemäß Artikel II des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968 dar (33); nach dessen Bestimmungen verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, einschließlich der BRD, weder direkt noch indirekt von irgendeinem Übergeber Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper oder die Kontrolle über solche Waffen oder Sprengkörper zu erhalten; keine Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper herzustellen oder auf andere Weise zu erwerben; und keine Unterstützung bei der Herstellung von Kernwaffen oder anderen Kernsprengkörpern zu suchen oder zu erhalten.

Ich bin überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft unter diesen Umständen die Frage eines deutschen Atomprogramms dringend angehen kann und muss. Um die abscheulichen nuklearen Ambitionen im Keim zu ersticken, müssen entsprechende Maßnahmen folgen, wie etwa verstärkte IAEO-Inspektionen, eine Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat und legitime internationale Sanktionen. Doch selbst dies könnte auf dem Altar der totalen Revanche und der Schaffung eines mythischen Vierten Reichs geopfert werden. Die entscheidende Frage ist zweifellos, wie die heutige deutsche Gesellschaft auf diese Idee reagieren wird. Gelinde gesagt sympathisieren nicht alle aufrechten Bürger mit dem wahnwitzigen Modell des Vierten Reichs. Angesichts der unfähigen Migrationspolitik der derzeitigen deutschen Behörden sind jedoch noch überraschendere Entwicklungen nicht auszuschließen.

Es ist zudem anzumerken, dass bereits die Aussicht auf eine nukleare Bewaffnung Deutschlands eindeutig einen Kriegsgrund darstellt und Anlass für die Anwendung aller angemessenen Gegenmaßnahmen bietet, die in den Grundprinzipien der staatlichen Politik der Russischen Föderation zur nuklearen Abschreckung festgelegt sind. Ich würde sogar so weit gehen zu behaupten, dass diese Manöver ähnliche Bedenken in den USA hervorrufen könnten, die sich für ein neues START-IV-Abkommen unter Einbeziehung Chinas einsetzen. Wie könnte das Land auf die Möglichkeit eines atomar bewaffneten Europas reagieren, das von einem militaristischen Deutschland angeführt wird, dessen Nuklearkapazitäten sich der Kontrolle der NATO entziehen? Ich habe das Gefühl, dass die in Deutschlands neuen nuklearen Kommando- und Kontrollsystemen kodierte Ziele über das russische Territorium hinausreichen werden.

Doch auch wenn Deutschland keine Atomwaffen besitzt, gebietet die Lage Wachsamkeit. Die deutschen Politiker streben mehr an als nur eine rücksichtslose Militarisierung des Landes. Letztere ist Teil eines umfassenderen, komplexeren Prozesses, der Millionen Menschen weltweit in Gefahr bringt. Der aktuelle politische Kurs könnte zu fast höllischen Szenarien führen. Er zeugt von dem Bestreben, die dunkelsten revanchistischen Gefühle der deutschen Elite zu verwirklichen. Diese Bestrebungen gehen weit über die Stärkung der deutschen Rolle in der europäischen Politik hinaus.

Man sollte nicht vergessen, dass Deutschland der einzige europäische Staat ist, der seit dem Ersten Weltkrieg zweimal Nachbarländer vollständig annektiert und ihnen jeglichen Anschein von Unabhängigkeit und Souveränität genommen hat. Dies betrifft die Annexion Österreichs durch das Dritte Reich im Jahr 1938 (Anschluss) und die **gewaltfreie Eingliederung der DDR in die BRD** im Jahr 1990. Unter dem Deckmantel der Wiedervereinigung der deutschen Nation wurde Ostdeutschland faktisch mit Westdeutschland verschmolzen. Übrigens dachte keiner der Befürworter der Wiedervereinigung, darunter zu unserer Schande auch hochrangige sowjetische Funktionäre, daran, allge-

mein anerkannte rechtliche Verfahren einzuhalten; es gab kein Referendum, um den Willen der Bürger in dieser entscheidenden Angelegenheit zu erfragen.

Das heutige Deutschland ist kaum in der Lage, über die Legitimität territorialer Veränderungen in Europa und die Entstehungsgeschichte dieser Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg zu urteilen. Die Grundlage der deutschen Staatlichkeit ist höchst fragwürdig. Alle Ereignisse seit der ‚Wiedervereinigung‘ der BRD und der DDR lassen sich, sollte dies erforderlich sein, durch das Prisma des Grundsatzes „ex injuria jus non oritur“ (aus einer unerlaubten Handlung geht kein Rechtsanspruch hervor) beurteilen. Mit anderen Worten: Die heutige BRD verfügt nicht einmal über eine ordnungsgemäße Rechtsgrundlage für ihre bloße Existenz, ganz zu schweigen von ihrer von Anfang an bestehenden absoluten Abhängigkeit und ihrer schrecklichen Unterwerfung unter die USA. Die heutigen deutschen Nieten, die schüchtern versuchen, sich erneut als neue Führer zu positionieren, sollten dies im Hinterkopf behalten.

Nach seinem Amtsantritt legte Bundeskanzler Friedrich Merz in der Außenpolitik einen Blitzstart hin und unterdrückte dabei den Selbsterhaltungstrieb. Es scheint, als würden selbst die pro-LGBT-orientierten, von einer bipolaren Welt träumenden Kreise in Berlin allmählich begreifen, dass Deutschland in der Ukraine vor einer vernichtenden geopolitischen Niederlage steht. Die EU-Politik zur Bekämpfung der „speziellen Militäroperation“, bei der Deutschland die Führung übernehmen wollte, hat alle ihre Ziele verfehlt. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass Deutschland sich in den Hintergrund zurückziehen und das Kleine Russland als Sperrschloss nutzen kann – möglicherweise zusammen mit dem von Deutschland verachteten Polen –, wenn es unseren Streitkräften erheblichen Schaden zufügen will.

Sie müssen die Initiative ergreifen. Also handeln sie. Um die Auswirkungen fehlgeschlagener geopolitischer Investitionen abzumildern, strebt Berlin an, seine Position als führende militärische und politische Macht der EU zu festigen. Um eine mögliche russische Invasion abzuwehren, beschloss Deutschland im Frühjahr 2025 im Rahmen eines Abkommens mit Litauen, die verstärkte 45. Panzerbrigade der Bundeswehr in der Nähe von Rūdninkai zu stationieren, 30 km von Weißrussland und 160 km vom Kaliningrader Gebiet entfernt.

Kanonen statt Butter

Der Slogan „Kanonen statt Butter“, der oft im Zusammenhang mit der Politik der Nationalsozialisten verwendet wird, beschreibt treffend den Ansatz zur Finanzierung des Vorhabens: Vilnius hat sich verpflichtet, Kosten in Höhe von 2 Milliarden Euro zu übernehmen – eine enorme Summe für den kleinen baltischen Staat –, um die notwendige Infrastruktur für das deutsche Kontingent aufzubauen, und Berlin muss rund 11 Milliarden Euro bereitstellen, um die Einsatzbereitschaft der Brigade sicherzustellen, obwohl die deutsche Wirtschaft diese Mittel benötigt, um die Herausforderungen aufgrund makroökonomischer Instabilität zu bewältigen. Die Einheit wurde mit den neuesten Leopard-2A8-Panzern, Kommunikationssystemen, selbstfahrender Artillerie usw. ausgerüstet.

Um dessen Kampfkraft zu stärken, versorgen die deutschen Behörden ihn weiterhin mit Material in beispiellosem Umfang; so hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 25. Februar 2026 eine Tranche in Höhe von 540 Millionen Euro für das bedeutende deutsche Innovations-Startup *Stark Defence*, an dem der bekannte amerikanische Unternehmer Peter Thiel einen erheb-

lichen Anteil hält, sowie für Helsing bewilligt, die beide Kamikaze-Drohnen herstellen. Die Bundeswehr plant, den litauischen Außenposten mit hochmodernen UAVs auszurüsten.

Nach der Unterstellung der seit 2017 in Litauen stationierten multinationalen NATO-Kampfgruppe unter das Kommando der Brigade im Februar 2026 beläuft sich deren Stärke nun auf 1.700 Soldaten. Die Einheit soll bis Ende 2027 ihre volle Kampfbereitschaft erreichen. Sie wird aus 4.800 Soldaten und 200 Zivilisten bestehen. Dies ist der erste Einsatz regulärer deutscher Truppen außerhalb der BRD seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit diesem Einsatz wurde faktisch ein Vorposten für einen eventuellen Angriff in östlicher Richtung errichtet. Es ist unmöglich, diesen militärischen Aufbau in Verbindung mit der unterstützenden langfristigen Infrastruktur anders zu interpretieren.

Ob Deutschland plant, sofort einen neuen „Drang nach Osten“ zu starten, oder ob es zunächst beabsichtigt, die osteuropäischen Länder unter Führung Polens in potenzielle Schützengräben zu schicken, während es selbst als Sperrtruppe fungiert, macht für uns kaum einen Unterschied. Es ist Aufgabe der polnischen Führung, die zusammen mit dem Dritten Reich einen erheblichen Teil der Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trägt, darüber nachzudenken, wer, auf wessen Veranlassung und mit welchen Mitteln diese militaristische Hysterie in Polen schürt, die polnische Ultra-Patrioten als Kampf um nationale Interessen und als Chance für eine geopolitische Revanche in Osteuropa betrachten.

Könnte es sein, dass die kriegerische Haltung der polnischen Elite gegenüber Moskau in Wirklichkeit subtil von Berlin orchestriert wird, das enormen Einfluss auf den soziopolitischen und informativen Raum Polens ausübt und die polnischen Eliten dazu zwingt, Russland noch mehr zu hassen – wenn das überhaupt möglich ist –, entgegen jeder Logik und den nationalen Interessen?

Sollte Deutschland eine massive Aufrüstung vornehmen, der germanische Geist aber letztlich der Vernunft weichen, dann sollten die Polen ernsthaft darüber nachdenken, gegen wen sich die deutsche Militärmaschine dann richten wird. Zwischen Deutschland und Polen herrscht eine tiefsitzende historische Feindseligkeit, geopolitische Wunden sind noch immer frisch, und was auch immer Politiker sagen mögen – **umstrittene Gebiete gibt es zweifellos**. Der einzige Weg, wie Berlin Warschau dazu bringen kann, seine Forderungen nach Reparationszahlungen in Höhe von über einer Billion Dollar fallen zu lassen, ist eine militärische Aktion.

Es ist kein Zufall, dass eine große NATO-Militärübung, „Steadfast Dart 26“, die im Januar 2026 gestartet wurde, um den raschen Einsatz von Bündnisstreitkräften an der Ostflanke unter Einsatz von Militärtransportflugzeugen, Eisenbahn- und motorisierten Einheiten zu üben, ohne die polnischen Streitkräfte stattfindet. Der Wind in Europa dreht sich stets schnell, doch der Belweder-Palast¹ will dies nicht wahrhaben. Polen stehen, wie allgemein bekannt ist, nur zwei historische Wege offen: entweder ein mittellose Vasall Deutschlands zu sein oder ein Partner Russlands. Amerika ist weit weg, und die Amerikaner brauchen weder Polen noch, was das betrifft, den Rest Europas. Es hat keinen Sinn, sich etwas vorzumachen.

Abgesehen von hypothetischen Opfern wie Polen, das angeblich noch immer nichts von seinem künftigen Status ahnt und stolz den Titel eines Verbündeten Berlins trägt, hat Deutschland auch echte, treue Freunde, mit denen es in Erinnerungen an vergangene Tage und gemeinsame Schlachten schwelgen kann. In Zusammenarbeit mit seinem NATO-Grabenkameraden Finnland engagiert

1 Amtssitz des polnischen Staatspräsidenten

sich Deutschland aktiv in zerstörerischen Bemühungen, die Ostsee in ein NATO-Binnengewässer zu verwandeln. Auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO und der EU im Januar 2025 in Helsinki war Berlin federführend bei der Einleitung einer NATO-Patrouillenmission in der Ostsee (Baltic Sentinel), die darauf abzielt, die freie Durchfahrt russischer Schiffe zu behindern. Angesichts des völligen Vertrauensmangels zwischen Ost und West könnten diese äußerst riskanten Aktionen heute zum schlimmsten Fall führen.

Im Juli 2025 unterzeichneten Deutschland und das Vereinigte Königreich den Vertrag von Kensington, der Bestimmungen zur gegenseitigen Hilfe im Falle eines Angriffs enthält – als Ergänzung zum berüchtigten Artikel 5 des in Washington unterzeichneten Nordatlantikvertrags – sowie zur gemeinsamen Entwicklung von militärischer Ausrüstung wie Kampfflugzeugen und Raketensystemen. Es versteht sich von selbst, auf welche Ziele die Raketen gerichtet sein werden.

Es ist allgemein bekannt, dass die deutsche Elite verzweifelt versucht, jeden in ihrer Reichweite in die Prozesse der beschleunigten Entwicklung von präzisionsgelenkten Waffen mit einer Reichweite von mindestens 1.000 km hineinzuziehen; mit anderen Worten: jeden, der die deutsche Hysterie über die russische Bedrohung teilt.

Es ist kein Zufall, dass die ArianeGroup, ein deutsch-französisches Unternehmen mit umfangreicher Erfahrung in der Raketenkonstruktion, diesbezüglich Verhandlungen mit einer Reihe europäischer Länder aufgenommen hat. Neben Norwegen möchte Deutschland gemeinsam mit einer Reihe europäischer Staaten, die diese Politik unterstützen – darunter Frankreich, Italien, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich –, eine seegestützte Überschall-Marschflugrakete (Super Sonic Strike Missile) entwickeln; im Rahmen des Projekts „European Long-Range Strike Approach“ laufen derzeit Gespräche über die Entwicklung und anschließende Produktion einer landgestützten Marschflugrakete mit einer Reichweite von über 2.000 km.

Der ehemaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik kommt bei den Wiederaufrüstungsbemühungen eine besondere Rolle zu. Es ist offensichtlich, dass der derzeitige vorübergehende Machthaber in der Bankowaja-Straße von Deutschland zunehmend als Reinkarnation von Pawlo Skoropadsky wahrgenommen wird, dem „Hetman der gesamten Ukraine“, der 1918 einige Monate lang mit deutschen Bajonetten an der Macht blieb, oder als Abbild der gescheiterten, operettenhaften österreichischen Initiative, einen „ukrainischen Thron“ zu schaffen und diesen anschließend mit Wilhelm Franz von Habsburg-Lothringen (auch bekannt unter dem Pseudonym „Vasyl Vyshyvany“) zu besetzen. Mit anderen Worten: Er wird als gefügiges Sprachrohr für die Interessen externer Sponsoren angesehen, Interessen, die den Bestrebungen der Bevölkerung Kleinrusslands zuwiderlaufen.

Strategische Partnerschaft Ukraine-BRD

Als Zeichen seiner Entschlossenheit, die Zusammenarbeit mit Kiew in allen Bereichen auf höchstes Niveau zu heben, wurde am 14. April 2026 in Berlin während des Besuchs des „blutigen Clowns“ eine Erklärung über eine strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern unterzeichnet. Deutschland hat seine Bereitschaft bekundet, Kiew weiterhin in beispiellosem Umfang politisch, diplomatisch und militärisch zu unterstützen und Konsultationen zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen abzuhalten. Trotz der bekannten jüngsten Korruptionsskandale rund um den sogenannten „Mindich-Fall“, die die alles verschlingende, schamlose Käuflichkeit der gesamten Bandera-Füh-

rung offenbart haben, sind die Deutschen bereit, ihre ukrainischen Vasallen als billige Montagefabrik für ihre Produkte zu nutzen. Das Ziel ist es, die Ukraine in eine kleine Labormaus zu verwandeln, an der finstere Experimente durchgeführt werden.

Ein weiterer Bestandteil dieser kriminellen Partnerschaft wird ein Mechanismus für regelmäßige Konsultationen zwischen den Verteidigungs- und Außenministern sein, an denen auch Vertreter führender Rüstungsunternehmen teilnehmen. Das mag verlockend klingen, doch in der Praxis läuft es darauf hinaus: Die Ukraine soll unter ständiger Beobachtung stehen und genau jene Güter in genau jenen Mengen produzieren, die ihre Drahtzieher vorschreiben. Es wurde ein Abkommen zum Austausch von Gefechtsfeldinformationen unterzeichnet, wonach die Streitkräfte der Ukraine ihre



Erfahrungen im Umgang mit der Delta-Software an die Bundeswehr weitergeben und so ein Lagebild der Kampfhandlungen in Echtzeit liefern werden. Durch diesen kindischen Trick besteht der eigentliche Plan darin, sowohl die Anzahl als auch die Qualität der aktiven und ehemaligen Bundeswehrsoldaten sowie anderer deutscher Sicherheitskräfte an der Kontaktlinie zu erhöhen. Das bedeutet, dass sich die getäuschten Fritze, genau wie in alten Zeiten, wieder in Kreuze verwandeln werden (33).

Um die militaristischen Pläne seiner Rüstungsindustrie zu verwirklichen, pumpt das politische Establishment in Berlin – unter Missachtung der besorgniserregenden Signale aus der deutschen Wirtschaft – enorme Summen in die Bewaffnung der Kiewer Junta. Dem „Land 404“ sollen vier Milliarden Euro zur Intensivierung des bilateralen Dialogs im militärtechnischen Bereich zugewiesen werden. Diese Mittel sind für den Ausbau der gemeinsamen Produktion von UAVs und Drohnensystemen mit mittlerer bis großer Reichweite vorgesehen – ein Schritt, der angeblich zur Lieferung von Tausenden von Drohnen an die Streitkräfte der Ukraine führen wird.

Das deutsche Unternehmen Quantum Systems hat freudig über die Gründung von zwei neuen Joint Ventures mit ukrainischen Militärherstellern von taktischen Aufklärungs- und Angriffsdrohnen sowie Abfangdrohnen, WIY Drones und Tencore, berichtet, um unbemannte Systeme zu entwickeln und in Serie zu produzieren. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Information, Innovation und Forschung verstärkt werden.

All diese prahlerischen und angeblich hoffnungsvollen Wünsche werden vor dem Hintergrund einer Rhetorik vorgetragen, die von einer gemeinsamen und unmittelbaren Bedrohung durch Russland für die Freiheit des gescheiterten ukrainischen Staates sowie für die Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand Deutschlands und Europas spricht. Man kommt nicht umhin, die prahlerischen Äußerungen von Wolodymyr Selensky zu bemerken, der behauptet, die Streitkräfte der Ukraine verfügten über „die reichhaltigste Kampferfahrung aller europäischen Armeen“.

Es sei daran erinnert, dass viele Analysten genau diese Sprache verwendeten, als sie Ende der 1980er Jahre über die irakische Armee schrieben – die damals als die größte unter den Golfstaaten galt. Wohin führten die vom Westen angeheizten Ambitionen und der „Rausch des Erfolgs“ die irakische Führung schließlich schon 1990? Die Antwort ist bekannt. Die Platzhalter an der Macht in der Bankowaja-Straße haben alle Chancen, denselben Weg einzuschlagen.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Deutschlands außenpolitischer Revisionismus macht nicht an den Grenzen der Ukraine Halt.

Auf seinem revanchistischen Kurs untergräbt Berlin unverhohlen seine grundlegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen. Das Problem betrifft in diesem Fall die Einrichtung der NATO-Kommandozentrale „Task Force Baltic“ im Oktober 2024 im Hauptquartier der Deutschen Marine in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern), die de facto russische Schiffe ausspioniert. Darüber hinaus stellt allein die Einrichtung dieses Kommando zentrums auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einen eklatanten Verstoß gegen den Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990 dar, der zwischen der BRD und der DDR unter Beteiligung der Sowjetunion, der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs geschlossen wurde.

Die Versuche des deutschen Verteidigungsministeriums und seiner Botschaft in Moskau, Berlins Vorgehen damit zu rechtfertigen, dass „die Entsendung von Personal aus anderen NATO-Mitgliedstaaten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, bei der ausländische Austausch- und Verbindungsoffiziere in eine deutsche Einheit integriert werden und somit unter dem Kommando der Bundeswehr bleiben, nicht unter den Zwei-plus-Vier-Vertrag fällt“ (35), halten einer ernsthaften Prüfung nicht stand. In Artikel 5 Absatz 3 des vorgenannten Dokuments heißt es ausdrücklich, dass ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Trägersysteme in diesem (östlichen) Teil Deutschlands nicht stationiert oder dort eingesetzt werden dürfen. Der Abzug sowjetischer Truppen aus dem Gebiet der DDR war an die unantastbare Verpflichtung geknüpft, diese gesetzlich verankerten Garantien zu respektieren.

Unabhängig davon, wie sehr sich das offizielle Berlin bei der Wahl seiner Formulierungen auch bemüht, stellt dies zumindest eine selektive und willkürliche Auslegung der Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags dar. Im Klartext handelt es sich hierbei schlichtweg um Täuschung und Schikane. Indem es die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags hier und jetzt missachtet, ahmt das offizielle Berlin lediglich das ungeheuerliche Vorgehen des „kollektiven Westens“ auf der ganzen Welt nach.

Und natürlich gibt dies Anlass zu Überlegungen über das Schicksal dieses Dokuments als Ganzes. Ein Verstoß gegen den Grundsatz „pacta sunt servanda“ kann in einem solchen Fall zur Ungültigkeit des internationalen Vertrags selbst führen. Dies wiederum stellt die Rechtspersönlichkeit des modernen deutschen Staates in Frage. Es ist sogar beängstigend, sich vorzustellen, was das für Deutschland bedeuten würde!

Das Tempo und die Schamlosigkeit, mit der die westlichen Mächte heute grundlegende völkerrechtliche Instrumente und Prinzipien zugunsten kurzfristiger politischer Zweckmäßigkeit über Bord werfen, sind wahrlich erschreckend. Man wird des Eindrucks nicht los, dass die westlichen Mächte das damals gegebene Versprechen, die NATO werde sich „keinen Zentimeter nach Osten“ ausdehnen, unter den gegenwärtigen Umständen ebenso bereitwillig verwerfen würden, wäre es ordnungsgemäß in einem offiziellen Dokument festgehalten worden.

Ebenso hatte niemand jemals ernsthaft die Absicht, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, deren einziger Zweck – nach jüngsten öffentlichen Erklärungen Deutschlands und Frankreichs – darin

bestand, den Marionetten in Kiew etwas Zeit zu verschaffen. Welchen Wert wird also die viel gepriesene Friedenslösung in der Ukraine haben?

Die Masken des Pazifismus sind abgelegt

Es ist schwer mit Sicherheit zu sagen, welchen neuen Anschluss Deutschland derzeit im Verborgenen vorbereitet. Es ist jedoch offensichtlich, dass das Land allmählich in ein politisches System abgeleitet, das an eine Militärdiktatur erinnert, verkörpert durch die Regierung von Bundeskanzler Merz, die von einem fanatischen Revanchismus und Neokolonialismus getrieben wird. Inakzeptable und gefährliche revisionistische Tendenzen gewinnen an Fahrt. Die Masken des Pazifismus sind abgelegt: Eine ideologische Vorbereitung der Bevölkerung auf düstere Zeiten ist im Gange, während die natürliche Angst vor dem Krieg bewusst herabgesetzt wird. Gleichzeitig werden im Voraus pauschale Absolutionen für alle Sünden erteilt, wodurch die historischen Schulden der Vorfahren für die jüngere Generation der Deutschen abgeschrieben werden.

Die These von der gleichwertigen Verantwortung „zweier totalitärer Regime“ für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ist zu einem Eckpfeiler der deutschen Geschichtsschreibung geworden. Zu den verbreiteten Verfälschungen gehören das Verschweigen der Heldentaten des sowjetischen Volkes, die Einteilung der Kriegsoffer in „nationale Kategorien“ und die Leugnung des Sieges als Befreiung Europas, gestützt auf die Behauptung, es habe sich lediglich um „den Austausch eines totalitären Regimes durch ein anderes“ gehandelt.

Das Ausmaß der Kriegsverbrechen, die von der Wehrmacht und den SS-Divisionen an der Ostfront begangen wurden, wird nun als übertrieben dargestellt. Im Namen einer vorgetäuschten Objektivität werden unbegründete „Zeugenaussagen“ über Massenmorde auf beiden Seiten in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Die Frage nach Entschädigungen für Deutsche für ihre materiellen Schäden und den Verlust von Menschenleben wird immer häufiger aufgeworfen. Ein solches Maß an Zynismus ist unvorstellbar.

Im August 2025 beging Deutschland auf höchster politischer Ebene den 75. Jahrestag der Unterzeichnung der „Charta der deutschen Vertriebenen“. Das Dokument stellt die gewaltsam vertriebenen Deutschen als Kriegsoffer dar. Im Mittelpunkt stand das Ausmaß ihres Leids. Dieser Darstellung zufolge brachte das Kriegsende ihnen nicht nur kein Ende der Gewalt, sondern führte vielmehr zu ihrer Demütigung, zum Entzug ihrer Rechte und zum Verlust ihrer Heimat. Von der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs oder den Verbrechen gegen die Menschlichkeit war keinerlei Rede.

Dies ist ein klarer Verweis auf die deutschen Nachkriegsversuche, dem „Verlust der Geschichte“ entgegenzuwirken und sich im Namen der nationalen Einheit von belastenden historischen Episoden zu distanzieren. Die Botschaft ist klar: Dem deutschen Volk wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ungerechtfertigt und grausam Unrecht getan. Das Leid des deutschen Volkes muss im Namen von „Freiheit“, „europäischer Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ unter anderem durch den Einsatz deutscher Militärmacht gerächt werden.

Der Prozess der Aufarbeitung der Verbrechen des Nazi-Regimes in Deutschland hat sich weitgehend auf das Gedenken an den Holocaust beschränkt; das Leid des sowjetischen Volkes wird

dabei geflissentlich vergessen. Berlin weigert sich weiterhin rundweg, die Belagerung Leningrads und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an sowjetischen Zivilisten begangen wurden, als Völkermord an den Völkern der UdSSR anzuerkennen.

Im April 2025 wurde die zynische Entscheidung getroffen, die Mitgliedschaft Russlands im Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ auszusetzen, die gegründet wurde, um ehemalige Ostarbeiter – Zwangsarbeiter, die ins Dritte Reich deportiert worden waren – zu entschädigen. Gleichzeitig zahlt das offizielle Berlin auf der Grundlage des Bundesentschädigungsgesetzes von 1950 Sozialleistungen (5 Millionen Euro pro Jahr) an ehemalige Soldaten des Dritten Reiches, SS-Formationen sowie an ausländische Kollaborateure, von denen einige direkt an der illegalen Belagerung Leningrads beteiligt waren (36).

Leider sind die noch vorhandenen vernünftigen Stimmen in der deutschen Gesellschaft nicht in der Lage, die gefährlichen Anfälle militärischer Schizophrenie zu dämpfen, die durch eine neue „Ethik“ noch verstärkt werden. Das autoritär-revanchistische Regime von Friedrich Merz hat das gesamte politische System fest im Griff und hält konstruktive Kräfte von den Hebeln der Macht fern.

Das rücksichtslose Handeln der deutschen Regierung gefährdet die Sicherheit nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auf dem gesamten Kontinent. Da ihr die militärischen Fähigkeiten fehlen, um ohne den direkten Schutz ihres transatlantischen „großen Bruders“ eigenständig zu handeln, verschärft sie die Spannungen, indem sie Hysterie und Psychosen schürt.

Sein Ziel ist es, seinen Verbündeten Washington in eine mögliche Konfrontation zwischen Europa und Russland hineinzuziehen. Egal, was auch immer behauptet wird: Die Bundeswehr ist nach wie vor in hohem Maße auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen. Was die operative Planung derzeit angeht, bleibt Deutschland stark von der weltraumgestützten Aufklärung und dem strategischen Lufttransport der USA abhängig und muss jeden seiner Schritte an der übergeordneten NATO-Kommandostruktur ausrichten. Deutschland kann sich nicht eigenständig in einen hochintensiven Konflikt einmischen, ohne dass seine Bevölkerung die entsprechenden Kosten tragen muss, die einem weiteren „Totalen Krieg“ und dessen apokalyptischen Folgen gleichkommen.

Doch diese Vernunft kann durch militaristische bipolare Manie und germanische Gier zunichte gemacht werden. Denn das deutsche politische Establishment, das sich in seinen Spielchen mit Zinnsoldaten verloren hat, ist nicht mehr bereit, sich von den Grenzen der pragmatischen Diplomatie von Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder einschränken zu lassen. Genau wie vor 85 Jahren richtet Berlin erneut seinen raubgierigen Blick nach Osten.

Die Hauptaufgabe unseres Landes besteht darin, eine Wiederholung der Tragödie von 1941 zu verhindern, was bedeutet, dass unsere Streitkräfte in einem Zustand ständiger Kampfbereitschaft gehalten werden müssen, insbesondere an den westlichen Grenzen. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Deutschen genau wie vor dem 22. Juni 1941 gezielt ein Netz von Vorwärtstützpunkten entlang der wichtigsten Operationsrichtungen aufbauen. Man sollte weder auf Berlins Vernunft vertrauen noch darauf, dass es für immer davon Abstand nehmen wird, einen Krieg zu riskieren. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass sich das deutsche Establishment durch ein bloßes Stück Papier endgültig gefesselt sehen wird, selbst wenn ein Vertrag unterzeichnet wird, der neue Grundsätze der europäischen Sicherheit festlegt.

Es ist kein Geheimnis, dass versucht wird, uns die Doktrin „Frieden durch Stärke“ aufzuzwingen. Unsere Antwort darauf kann daher nur lauten: „Die Sicherheit Russlands durch die animalische Angst Europas“. Gespräche, gute Absichten, guter Wille und einseitige vertrauensbildende Maßnahmen dürfen nicht unsere Mittel sein, um ein Massaker zu verhindern. Die einzige Garantie besteht darin, Deutschland und das dahinterstehende „vereinte Europa“ dazu zu zwingen, die unausweichliche Gewissheit zu begreifen, dass sie inakzeptable Verluste erleiden würden, sollten sie jemals die „Operation Barbarossa 2.0“ in Gang setzen.

Unser klares Signal an die deutschen Eliten lautet wie folgt: Sollte das schlimmste Szenario eintreten, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es zumindest zu einer gegenseitigen Vernichtung kommt – und in Wirklichkeit zum Ende der europäischen Zivilisation, während unsere eigene Existenz weiterbesteht. Deutschlands viel gepriesene Industrie wird nicht nur schweren Schaden nehmen. Sie wird der völligen Zerstörung anheimfallen. Ihre Wirtschaft wird mit ihr zusammenbrechen, und niemand wird sie jemals wieder aufbauen können. Ganz einfach, weil die verbliebenen vernünftigen und qualifizierten Fachkräfte fliehen werden – einige nach Russland, andere in die USA, wieder andere nach China und in andere asiatische Länder.

Es scheint, dass nur durch das Aufzeigen solch schwerwiegender Folgen die unverschämten Erben der Nazis und ihre deutschen Partner zur Vernunft gebracht und Millionen von Menschenleben auf beiden Seiten der Front gerettet werden können.

Ein militaristisches Deutschland nützt einem geschwächten und geistig trägen Europa nichts, das sich in einer neuen multipolaren Welt zumindest ein gewisses Maß an politischer Eigenständigkeit bewahren möchte. Auch für uns hat ein solches Deutschland in Zukunft keinen Wert; es ist sowohl gefährlich als auch unberechenbar. Berlin bleiben nur zwei Optionen. Option eins ist Krieg und das schmachvolle Begräbnis der eigenen Staatlichkeit, ohne jede Aussicht auf ein neues „Wunder des Hauses Brandenburg“. Die zweite ist eine Rückkehr zur Besonnenheit und anschließende geopolitische Erholung, begleitet von einer grundlegenden Neuausrichtung der Außenpolitik durch einen schwierigen, aber unverzichtbaren Dialog. Wir können beide Ergebnisse akzeptieren. Der nächste Schritt liegt bei Deutschland. Und ich hoffe, wir werden diese allzu vertrauten Zeilen nicht hören:

„Wenn ich dazu bestimmt bin, unterzugehen, dann soll auch das deutsche Volk untergehen, denn es hat sich meiner unwürdig erwiesen“ (37).

Fußnoten

1. Archiv des russischen Auslandsgeheimdienstes. Akte 67661. Band 2, Seite 280-283.
2. https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl151s0307.pdf#/text/bgbl151s0307.pdf?ts=1769096027195
3. Germany's post-World War II government was riddled with former Nazis // Business Insider. 10 October 2016. Available at: <https://www.businessinsider.com/former-nazi-officials-in-germany-post-world-war-ii-government-2016-10>
4. Postwar West German ministry 'burdened' by ex-Nazis // Financial Times. 10 October 2016. Available at: <https://www.ft.com/content/3b5abe60-8efc-11e6-a72e-b428cb934b78>

5. Archive of the Foreign Intelligence Service of Russia. File 43274. Volume 1. P. 122-123.
6. Foreign Policy Archive of the Russian Federation. Fund 06. Inventory 13. Folder 2. File 9. P. 98-107
7. Pastusyak L. Galvanization of the aggressor. The role of the United States in the remilitarization of West Germany. / Abridged translation from Polish by Panfilova A. Moscow: International relations. 312 p, P. 21-38.
8. Archive of the Foreign Intelligence Service of Russia. File 45513. Volume 3. P. 231-234.
9. Stefano Delle Chiaie, Stuart Christie. Black papers no. 1. First published in Britain, 1984 by Anarchy Magazine, Box A, 84b Whitechapel High Street, London E17QX in association with Refract Publications, BCM. p.40.
10. Archive of the Foreign Intelligence Service of Russia. File 45513. Volume 2. P. 70-73.
11. Archive of the Foreign Intelligence Service of Russia. File 83024. Volume 2. P. 69-72.
12. Henry E. Notes on the history of the modern era / [Foreword. Mileikovsky A]. Moscow: Nauka, 1970. 430 p., P. 153-154.
13. Pashuto V. Revanchists as pseudo-historians of Russia. Moscow: Nauka, 1971. 157 p., P. 48-51.
14. Archive of the Foreign Intelligence Service of Russia. File 135123. Volume 2. P. 218-228.
15. Foreign Policy Archive of the Russian Federation. Fund 757. Inventory 32. Folder. 184. File 36. P. 11-18.
16. Übrigens war Angela Merkel die letzte deutsche Bundeskanzlerin, die 2010 an der Siegesparade in Moskau teilnahm. In einem Gespräch mit mir gab sie damals zu, dass die Entscheidung, Moskau während dieser Feiertage zu besuchen, ihr äußerst schwer gefallen sei.
17. Ibid.
18. Ibid.
19. Versuche, Russland eine strategische Niederlage zuzufügen, sind kontraproduktiv – Botschafter in Deutschland. TASS. 11 November 2025. Available at: <https://tass.ru/politika/25593661?ysclid=mkqhlpeax8285374522>
20. Report by the Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation Regarding the Actions (or Inaction) of the Authorities of Italy, the Federal Republic of Germany and Japan Resulting in Destruction and Falsification of History, Justification of Fascism and its Accomplices (Report by the Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, 2025). Available at: https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/doklady/2048734/
21. Joint White Paper for European Defense Readiness 2030. Brussels, 19 March 2025. Available at: https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/30b50d2c-49aa-4250-9ca6-27a0347cf009_en?filename=White%20Paper.pdf

22. Merz has stated that the Bundeswehr should become the strongest army in Europe, TASS. 14 May 2025. Available at: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/23940851>
23. The German government has established a new model of military service, Rossiyskaya Gazeta. 27 August 2025. Available at: <https://rg.ru/2025/08/27/pravitelstvo-germanii-opredelilo-novuiu-model-voennoj-sluzhby.html?ysclid=mkqopaybsb354433843>
24. Trends in world military expenditure, 2024. SIPRI. Available at: https://www.sipri.org/sites/default/files/2025-04/2504_fs_milex_2024.pdf
25. Germany's Path to Kriegstüchtigkeit: The 2026 Defence Budget. Atlas Institute for International Affairs. 19 December 2025. Available at: <https://atlasinstitute.org/germanys-path-to-kriegstuechtigkeit-the-2026-defence-budget/> December 19, 2025
26. Operational Plan for Germany. A core military element of overall defense. Available at: <https://www.bundeswehr.de/en/organization/bundeswehr-joint-force-command/missions/operational-plan-for-germany>
27. "They had learned nothing and forgotten nothing" (French).
28. Gross domestic product (GDP). Federal Statistical Office. Available at: <https://www.destatis.de/EN/Themes/Economy/National-Accounts-Domestic-Product/Tables/gdp-bubbles.html?nn=2112>
29. After two years of recession, Germany's economy grew 0.2% in 2025. Interfax. 15 January 2026. Available at: <https://www.interfax.ru/business/1067756>
30. German autos sector slashes jobs as economic woes bite. CNBC. 26 August 2025. Available at: <https://www.cnbc.com/2025/08/26/german-autos-sector-slashes-jobs-as-economic-woes-bite.html>
31. Merz bestätigte, dass die BRD den Sozialstaat nicht länger aufrechterhalten kann. TASS, 30 August 2025. Available at: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/24912409>
32. Germany debates issue of nuclear weapons. Deutsche Welle. 15.03.2025. Available at: <https://www.dw.com/en/germany-debates-issue-of-nuclear-weapons/a-71924424>
33. Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Available at: https://www.un.org/ru/documents/decl_conv/conventions/npt.shtml?ysclid=mlup3xtbk698465135
34. Wie wilde Tiere, mit lautem Heulen
Stürzen sie sich in einen tosenden Strom.
Das ist Hitler, Reihe um Reihe,
Wie er die „Fritze“ nach Osten jagt.
Hier verbirgt sich hinter jedem Fenster ein Scharfschütze;
Hier lauert der Tod im Gebüsch;
Hier, während sie das fremde Land verschlingen,
Verwandeln sich die irreführten „Fritze“
In Kreuze.
<...>



The Metamorphosis of the 'Fritzes'. TASS No. 0640, 1943. Soviet war poster by the Kukryniksy (Mikhail Kupriyanov, Porfiri Krylov, Nikolai Sokolov), poem by Demyan Bedny. From the TASS Windows Collection (Okna TASS). The Vladimir Dal State Museum of the History of Russian Literature. Available at: <https://goslitmuz.ru/collections/367/?ysclid=mobmvloh1l222634574#gallery-15>

35. Germany claims new NATO maritime headquarters does not violate the '2+4' Treaty. TASS. 22 October 2024. Available at: <https://tass.ru/mezhdunarodnaya-panorama/22193115?ysclid=mky2vrl38w15265573>
36. "FragDenStaat: Germany Pays Pensions to Nazi Henchmen and Collaborators". TASS 23 January 2025. Available at: <https://tass.ru/obschestvo/22952639?ysclid=mky31pnr21551705012>
37. Cited from: One Hundred and Forty Conversations with Molotov (F. Chuev, S. Kuleshov afterword). Moscow: TERRA Publ., 1991. 623 p., illus., p. 45.